

Neue Zürcher Zeitung

Die Entkriminalisierung des weissen Gifts

In Zürich konsumieren mehrere tausend Personen harte Drogen - Fachleute fordern deshalb ein Umdenken bei Kokain und Co.

Die Schweizer Drogenpolitik sei behäbig geworden, kritisiert die Zürcher Gesundheitsvorsteherin Claudia Nielsen. Sie fordert eine Entkriminalisierung der Konsumenten. Das sei fatal, sagen Kritiker.

FLORIAN SCHOOP, FABIAN BAUMGARTNER

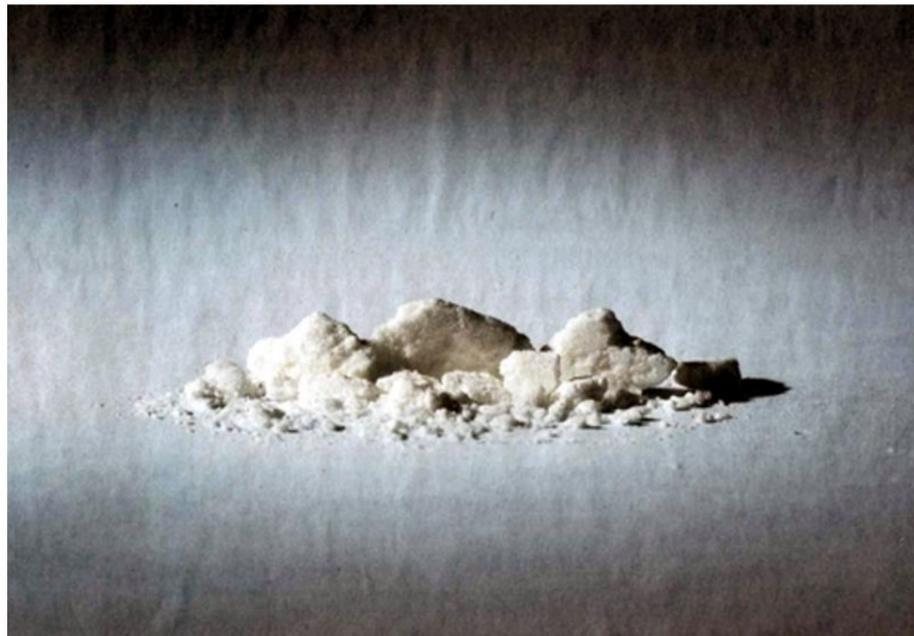
Kokain ist in gewissen Kreisen Zürichs längst im Alltag angekommen. Und zwar nicht nur bei Partygängern - die Konsumenten sind in allen Gesellschaftsschichten zu finden, ob Student, Ärztin oder Lagerist. Laut einer Studie belegt Zürich in Europa beim Kokainkonsum den dritten Platz. Die Droge macht risikofreudiger und kommunikativer. Und sie lässt sich mit dem Arbeitsleben einigermassen vereinbaren. Sie passt zudem zur Leistungsgesellschaft. Gefährlich ist dabei nicht nur die hohe Abhängigkeitsrate, sondern auch, dass die Konsumenten auf kriminelle Strukturen vertrauen müssen. Sie wissen deshalb häufig nicht, wie viele Streckmittel die Dealer in die Droge gepanscht haben. Und schon gar nicht, was die Streckmittel bewirken.

«Brauchen neuen Umgang»

Politiker unterschiedlicher Couleur fordern deshalb schon seit längerem eine Liberalisierung auch von harten Drogen wie Kokain oder Amphetamin. Jüngst hat die Debatte wieder Fahrt aufgenommen. Zu den Befürwortern gehört nämlich auch der frisch gewählte Bundesrat Ignazio Cassis (fdp.). Der langjährige Tessiner Kantonsarzt sprach sich im Wahlkampf für die Entkriminalisierung von harten Drogen aus. Ein regulierter Markt sei der beste Weg, um Drogenmissbrauch zu bekämpfen, sagte er der «Aargauer Zeitung». Cassis plädiert deshalb für einen Zugang unter strengen Regeln. Damit ist er nicht allein. Alt-Bundesrätin Ruth Dreifuss (sp.) kann sich sogar eine Legalisierung von harten Drogen vorstellen.

Doch nicht nur auf nationaler Ebene erhält die Forderung Zuspruch. Auch für die Stadtzürcher Gesundheitsvorsteherin Claudia Nielsen (sp.) ist ein Umdenken angezeigt. «Wir brauchen einen neuen Umgang mit harten Drogen wie Kokain», sagt die Stadträtin.

Sie kritisiert, dass die Schweizer Drogenpolitik im Vergleich zum Ausland ins Hintertreffen geraten, ja «behäbig geworden» sei.



Laut Schätzungen konsumieren in Zürich 4500 Personen regelmässig harte Drogen wie Kokain.
GORAN BASIC / NZZ

Das Ziel muss sein, dass Drogen möglichst wenig Schäden anrichten. «Es braucht deshalb eine Entkriminalisierung von Konsumentinnen und Konsumenten sowie eine Schwächung des Schwarzmarkts.» Laut Schätzungen der Behörden gibt es in der Stadt 4500 Konsumenten von harten Drogen. Rund 2000 davon nehmen regelmässig Kokain oder Amphetamine. Mit den Heroinjunkies der frühen neunziger Jahre haben sie aber wenig gemeinsam. Sie sind häufig sozial integriert, sie arbeiten, und sie sind einigermassen gesund.

Für Urs Vontobel ist deshalb klar, dass es eine Veränderung im Umgang mit Drogenkonsumenten braucht. Er leitet seit 15 Jahren die Suchtbehandlung Frankental.

Bei Kokain könne man aber nicht gleich vorgehen wie bei Heroin. Beim Konsum von Opiaten sei irgendwann Schluss, der Körper könne nicht mehr. «Beim Kokain hingegen gilt: Genug ist nie genug. Konsumenten dieser Droge bleiben sehr lange arbeitsfähig. Und erst wenn sie kein Geld mehr haben und Schulden machen müssen, fallen sie aus dem sozialen System.» Es stelle sich die Frage, wie viel der Droge abgegeben werden könne.

Was würde eine Lockerung beim Zugang zu Kokain und Co. überhaupt bedeuten? Eine Vorstellung davon hat Michael Herzig. Er ist Dozent an der ZHAW und war langjähriger Drogenbeauftragter der Stadt Zürich.

Laut dem 52-jährigen müssten die Produktion, der Verkauf und der Konsum sämtlicher Drogen legal möglich sein. Für wen eine Substanz erhältlich gemacht werden solle, müsse jedoch für jedes Suchtmittel separat bestimmt werden.

«Es braucht wohl eine Registrierung und dazu eine Beratung für die Konsumenten», erklärt Herzig.

Auf den freien Markt soll eine Droge wie Kokain laut Herzig jedoch nie kommen.

Es sei aber auch nicht sinnvoll, dass der Staat jedes Rauschmittel selbst abgebe. «Die Regulierung wird zwar staatlich festgelegt, die Umsetzung kann aber privat erfolgen.»

Ein Verbot dagegen verunmögliche den Konsum nicht, im Gegenteil: «Es richtet sogar zusätzlichen Schaden an.» Herzig sagt es mit dem Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman: «Prohibition ist ein staatlich garantiertes Monopol für die organisierte Kriminalität.»

Entkriminalisierung oder Legalisierung seien dabei nur Nuancen, denn was es letztlich brauche, sei dies: Regulierungen, die den legalen Zugang zu Drogen für bestimmte Gruppen ermöglichen und gleichzeitig andere Personen ausschliessen, «zum Beispiel Jugendliche»

Wichtig sei hier, dass Kokain und Heroin viel restriktiver behandelt werden müssten als etwa Cannabis.

Auch Thilo Beck, Chefarzt Psychiatrie in den Arud-Zentren für Suchtmedizin in Zürich, befürwortet eine Regulierung. Nicht nur soll so der Konsum entkriminalisiert, sondern auch die Produktion und der Vertrieb der Droge geregelt werden. «Erst dadurch werden Schutz und Beratung der Konsumenten und Steuereinnahmen für den Staat ermöglicht.» Der Verkauf sollte zudem mit staatlich festgesetzten Preisen und einem Werbeverbot kombiniert werden. Und: Die grosse Mehrheit der Kokainkonsumenten gebrauche die Droge gelegentlich, der Konsum sei somit unproblematisch. «Für solche Freizeitkonsumenten ist der Verkauf an lizenzierten Stellen mit einer Beratung zu einem möglichst risikoarmen Konsum durchaus vertretbar», findet Beck. Diese Variante sei dem Bezug über den Schwarzmarkt vorzuziehen.

«Es ist wie bei Schokolade»

Für eine solche Änderung der Drogenpolitik braucht es allerdings ein Umdenken auf nationaler Ebene. Doch dort beissen die Befürworter auf Granit. Das zeigt sich beim Cannabis. Mehrere Städte streben Pilotprojekte an. So will Zürich untersuchen lassen, wie sich der Cannabiskonsum in Kombination mit anderen Substanzen auswirkt. Trotz jahrelangen Vorarbeiten fehlt bisher jedoch eine Bewilligung des Bundesamts für Gesundheit.

«Eine Legalisierung wäre dramatisch», findet SVP-Nationalrätin Andrea Geissbühler. Die Präsidentin vom Verband Drogenabstinenz Schweiz sagt, «legal würde bedeuten, der Konsum von Kokain sei nicht schlimm.» Aber man könne doch nicht eine Substanz, die schnell abhängig und aggressiv mache, so verharmlosen. Wenn Drogen frei verfügbar wären, käme man viel eher in Versuchung, als wenn man sich dafür in den Schwarzmarkt begeben müsse, ist die Politikerin überzeugt. «Es ist wie bei der Schokolade am Kiosk. Man kauft sie eher, wenn sie offen in der Auslage liegt.» Geissbühler plädiert deshalb für mehr Prävention. Zudem soll der Bund die Abstinenz stärker fördern - das stehe schliesslich auch im ersten Artikel des Betäubungsmittelgesetzes.